

Bürgerbeteiligung Ortsumgehung Waren

Abschlussveranstaltung am 11. November 2013, Bürgersaal Waren

Die von Dr. Frank Claus, IKU Dortmund, moderierte Abschlussveranstaltung sollte Antworten auf zwei Fragen geben: Was hat die Bürgerbeteiligung gebracht? Und: Wie geht es weiter in Waren?

1. Teil: Rückblick auf den Dialog

Eingangs stellte Professor Kubicek die Ergebnisse seiner Evaluierung vor, die den gesamten Prozess insbesondere mit Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern, Begleitgruppenmitgliedern und anderen Akteuren wissenschaftlich begleitet hatte. Er zog ein insgesamt sehr positives Fazit: „Das Bürgervotum ist ein maximal möglicher lokaler Erfolg, da sich eine hohe Zahl gut informierter Bürger beteiligt und ein klares Votum abgegeben hat.“ In den zehn Monaten sei weit mehr angeboten und unternommen worden als bei jedem anderen ihm bekannten Verkehrsplanungsprojekt. Es liege nun „ein qualifiziertes Ergebnis eines qualitativ hochwertigen Prozesses vor, der offen, transparent und fair gewesen ist.“ Problematisch sei allerdings die Diskrepanz zwischen der persönlichen Wahrnehmung der Warener, denen es vor allem um die Lärmreduzierung an der Ortsdurchfahrt gegangen sei, und der Abstimmungsfrage, die sich auf das „Ob“ der Ortsumgehung beschränkt habe. Da stoße man eben an die Grenzen des geltenden Rechts. Lautstarke Proteste bei den Befürwortern der Ortsumgehung löste Professor Kubicek mit der Aussage aus, auch die Anwohner der B 192 könnten zu den Gewinnern des Beteiligungsverfahrens gehören. Wenn sie den Druck auf Stadt und Land für einen integrierten Lärmbekämpfungsplan aufrecht erhielten, können sie besser und vor allem schneller zu einer Lösung ihres Problems kommen als mit einer Ortsumgehung.

Minister Schlotmann antwortete auf die Frage, ob das Beteiligungsverfahren ein Erfolg sei, mit einem klaren „Ja“. Ihn treffe allerdings auch persönlich, dass er jetzt teilweise Schläge für eine Einbeziehung der Bürger bekomme, die bislang so noch niemand gewagt habe. Außerhalb des Landes bestehe großes Interesse an dem Verfahren.

Herr Dr. Lüdde, Amtsleiter der Stadt Waren, hob die umfassende und verständliche Information der Bürger sowie die sachlichen Diskussionen positiv hervor. Die Begleitung durch die Bertelsmann Stiftung und die Evaluierung sei sehr hilfreich gewesen. Ein demokratischerer Entscheidungsprozess sei eigentlich nicht denkbar. Allerdings sei das Miteinander in der Stadt schwieriger geworden. Es sei Aufgabe der Stadt, dieses Problem zu lösen. Es sei gelungen, insbesondere die Befürworter einer Ortsumgehung in das Beteiligungsverfahren einzubinden, die sich zuvor kaum mehr artikuliert hätten. Allerdings hätten diese eine Chance vertan, weil sie sich trotz vieler Gelegenheiten im Prozess nicht ausreichend zu Wort gemeldet hätten. Die Gegner seien besser organisiert gewesen und hätten sich deshalb viel Raum verschafft.

Frau Dörner, als Warener Bürgerin in der Begleitgruppe, fand den Prozess in weiten Teilen gut gelungen. Gut war für sie, dass zentrale Informationen beschafft, aufbereitet und an die Bürger gebracht worden seien. Sie lobte insbesondere die Moderation, durch die ein konstruktives Arbeiten möglich gewesen sei. In Richtung Befürworter der Ortsumgehung

sagte sie: „Sie haben Ihre Chance nicht genutzt.“ Auf die Frage des Moderators, ob sie rückschauend wieder in der Begleitgruppe mitarbeiten würde, antwortete sie: „Ja, auch wenn es viel Aufwand war“.

Herr Espig, für den Regionalverband der Kleingartenfreunde in der Begleitgruppe und Befürworter der Ortsumgehung, bezeichnete das Bürgervotum als demokratische Entscheidung, die zu akzeptieren sei. Die Gegner der Ortsumgehung seien besser organisiert gewesen und hätten mehr Geld gehabt. Er gab dem Beteiligungsprozess die Note „1-2“. Allerdings sei die Platzverteilung in der Begleitgruppe zugunsten der Gegner problematisch gewesen. Die Arbeit in der Begleitgruppe habe viel Zeit und Energie gefordert.

Frau Patzelt, für die Bürgerinitiative Pro Ortsumgehung in der Begleitgruppe, räumte ein, dass die Befürworter so richtig erst nach dem Votum wach geworden seien. Aber jetzt werde man sich intensiv weiter einmischen. Sie kritisierte wie auch der Vertreter des Seniorenverbandes, Herr Behrend, dass die angekündigte Diskussion über das „Ob“ sich immer mehr zu einer über das „Wie“ entwickelt habe. Die in den Vordergrund gestellte Variante über den Tiefwareensee habe viele Befürworter zu einem Votum gegen die Ortsumgehung veranlasst. Man hätte nur die Betroffenen, nämlich die Anwohner an der Ortsdurchfahrt und an möglichen Trassen der Ortsumgehung, abstimmen lassen dürfen.

Frau Pastorin Lünert, ebenfalls Mitglied der Begleitgruppe, äußerte sich betroffen über die anonymen Schreiben, die sie nach ihrem offenen Brief gegen die Ortsumgehung erhalten habe. Sie sei als Befürworterin der Ortsumgehung in das Verfahren gestartet, sei aber dann zu einer anderen Auffassung gelangt. Sie lobte die öffentlichen Veranstaltungen, auf denen sachlich diskutiert worden und unbeeinflusste Experten aufgetreten seien. Allerdings hätte die Funktion der Begleitgruppe klarer gemacht werden müssen.

Frau Renkamp von der Bertelsmann Stiftung bezeichnete es auch als einen Erfolg von Bürgerbeteiligung, wenn die Befürworter der Ortsumgehung jetzt ankündigten, sich ab sofort besser zu organisieren und stärker einzubringen. Die Aktivierung sei bei den ausgeprägten Befürwortern und Gegnern gut gelungen, bei den übrigen Bürgern weniger gut. Dies könne auch daran liegen, dass das Verfahren neu gewesen sei. Die Diskussion über das „Wie“ einer Ortsumgehung sei eine eindeutige Erwartung gewesen, die in der Befragung der Bertelsmann Stiftung zu Beginn des Verfahrens geäußert worden sei. Frau Renkamp appellierte an Gegner und Befürworter, sich gemeinsam für eine Lösung der Lärmproblematik einzusetzen.

Nach Einschätzung von Herrn Dr. Ewen, der zusammen mit Frau Schöfelder das Verfahren moderiert hatte, ist es gelungen, die Bürgerinnen und Bürger allparteilich zu informieren. Er sei allerdings skeptisch, ob das Verfahren zur Befriedung beige-tragen habe. Die Befürworter der Ortsumgehung hätten sich insbesondere nach dem Austritt der Gegner aus der Begleitgruppe sehr fair verhalten; der Umgang mit den Gegnern sei hingegen insgesamt schwierig gewesen. Es sei gut, dass die Bürger auf Grund der Trassendiskussion am 22.9. gewusst hätten, was sie wählen. Erforderlich sei nun eine „Bürgerinitiative gegen den Lärm“. Auf die Frage, was er rückblickend anders gemacht hätte, antwortete Herr Dr. Ewen: „Ich würde mehr Zufallsbürger in die Begleitgruppe nehmen.“ Diese seien durch die taktischen Diskussionen abgeschreckt worden.

2. Teil: Ausblick auf konkrete Maßnahmen

Viele Teilnehmende waren gekommen, um von den Verantwortlichen zu hören, wie der Lärm in der Ortsdurchfahrt reduziert werden kann. Minister Schlotmann stellte klar: „Wir wollen den Lärm soweit es geht reduzieren“. Sein Ministerium habe ein Gutachten zu möglichen Maßnahmen in Auftrag gegeben, das im Dezember veröffentlicht werde. Es kämen insbesondere bauliche Maßnahmen wie ein leiserer Asphalt oder Temporeduzierungen in Frage, die aber jede für sich keine Lösung des Problems darstellten. Erforderlich sei deshalb ein abgestimmtes Bündel von Maßnahmen. Diese sollten im angelaufenen Verfahren zum Lärmaktionsplan der Stadt diskutiert und abgestimmt werden. Land und Stadt würden da an einem Strang ziehen. Gefragt nach Sofortmaßnahmen, machte Minister Schlotmann deutlich, er werde hier keine Dinge ankündigen, die man dann nicht einhalten könne.

Herr Dr. Lüdde lud alle Bürgerinnen und Bürger zu dem ersten öffentlichen Termin im Rahmen der Lärmaktionsplanung ein, am 4. Dezember um 17 Uhr in der Mensa West. Eine wirkliche Lärmmentlastung sei aber seiner Einschätzung nach ohne eine Reduzierung der Verkehrsbelastung nicht möglich. Er nannte die Ortsumgehung Mirow und die Verbindung Mirow – Wittstock. Der dreispurige Ausbau der B 192 sei demgegenüber kontraproduktiv. Dazu erklärte Minister Schlotmann, er habe sich beim Bundesverkehrsminister mit Nachdruck für die Ortsumgehung Mirow eingesetzt. Die Verbindung Mirow – Wittstock hänge entscheidend vom Engagement der Brandenburger ab. Der dreistreifige Ausbau der B 192 sei bereits 2004 vom Bund beschlossen worden.

Herr Espig betonte, nach seinen bisherigen Erfahrungen als Vorsitzender des Umweltausschusses sei eine Lärmreduzierung in der Ortsdurchfahrt viel komplizierter als man denke. Umso wichtiger sei es, dass sich Bürger in die Lärmaktionsplanung einbringen. Die Möglichkeiten der Kommune seien begrenzt. Als Beispiel nannte er die automatische Tempoüberwachung, die mit ca. 100.000 € zu Buche schlage, deren Einnahmen aber beim Kreis eingestrichen würden.

Für Frau Patzelt zeichnete sich nicht ab, wie die Lärmaktionsplanung zu deutlichen Verbesserungen beitragen könne. So sei als Ergebnis des ersten Planes von 2009 bis heute lediglich eine Tempobeschränkung auf 30 kmh für LKW herausgekommen. Viele ihrer Mitstreiter hätten inzwischen resigniert.

Auf die Frage von Frau Patzelt, Gefragt, an wen sich in Zukunft die Bürger mit ihren Sorgen wegen der Belastungen in der Ortsdurchfahrt wenden könnten, sagte Minister Schlotmann: „Am besten an die Stadt bzw. die Stadtvertreter.“

Frank Claus